

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 15. März 2016

Jahresabschluss der Wasserversorgung und der Photovoltaikanlage zum 31.12.2014 festgestellt

Zustimmend Kenntnis nahm der Gemeinderat vom Jahresabschluss 2014 einschließlich der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung bezüglich des Betriebs Wasserversorgung der Stadt Gerabronn. Die Bilanzsumme betrug rund 0,95 Mio. Euro (Vorjahr rund 0,93 Mio. Euro). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/Jahresgewinn summiert sich auf rund -3.000,- Euro (Vorjahr rund -35.000,- Euro). Das Eigenkapital betrug rund 120.000,- Euro. Der bei der Wasserversorgung ermittelte steuerliche Verlustvortrag belief sich im Jahr 2014 auf rund 246.000 Euro (Vorjahr rund 243.000 Euro)

Die Photovoltaikanlage konnte mit einem Überschuss von rund 2.700 Euro abgeschlossen werden (Vorjahr rund 3.600 Euro) berichtete Bürgermeister Schumm. Vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater wurde die Ordnungsmäßigkeit bescheinigt.

Mieten für städtische Wohnungen werden angepasst

Für die Mietwohnungen im städtischen Eigentum beschloss der Gemeinderat einstimmig eine moderate Mieterhöhung um maximal 10% ab dem 01.07.2016.

Zuvor erläuterte der Vorsitzende, dass die Stadt Gerabronn verschiedene Wohnungen/Gebäude vermietet habe. Hierfür läge die letzte reguläre Mieterhöhung schon etliche Jahre zurück. Da es sich bei den städtischen Mietwohnungen generell um älteren Grundbesitz handle, seien regelmäßig Sanierungs- und Modernisierungsarbeiten notwendig. Es sei allgemein bekannt, dass die Preise für Handwerkerleistungen sowie auch für Baumaterial in den letzten Jahren sicherlich um mehr als 10 % gestiegen seien, so der Vorsitzende. Die durchschnittlichen Kaltmieten lägen zwischen 1,52 " und 3,42 " /qm im Mietwohnungsbereich und seien vergleichbar mit den Mieten der Nachbarkommunen.

Wegen der bevorstehenden Anschlussunterbringung von Flüchtlingen durch die Stadt Gerabronn würden derzeit bereits einige Wohnungen als potenzielle Unterkünfte freigehalten und nicht mehr neu vermietet. Der Gemeinderat und Bürgermeister Schumm sahen es abschließend als vertretbar an, die Mieten für die städtischen Wohnungen um maximal 10% anzupassen.

Außergerichtlichen Vergleich in Sachen Klärschlammverwertungsgesellschaft (KSV) zugestimmt

Einem außergerichtlichen Vergleich mit dem Haftpflichtversichere der insolventen KSV stimmte der Gemeinderat einstimmig zu, um das seit einigen Jahren schwelende Verfahren ohne weiteres Prozessrisiko endgültig abzuschließen.

Bürgermeister Schumm erinnerte zuvor in seinem Sachvortrag daran, dass die Stadt Gerabronn mit einem Gesellschafteranteil von 1,5% an der KSV beteiligt war. Nachdem im April 2012 über das Vermögen der KSV das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, gab es seitens der Gesellschafter verschiedentliche Anstrengungen, zumindest einen Teil der in dieses Projekt investierten Gelder zu retten. Da wegen Überschuldung der Gesellschaft aus der Insolvenzmasse für die Gesellschafter nichts zu erwarten war, bestand eine Hoffnung darin, den Stadtwerken Crailsheim, die dieses missglückte Projekt initiiert hatten, ein schuldhaftes Verhalten bei der Anbahnung der Gesellschaftsgründung nachzuweisen. Die Gemeinde Kupferzell führte einen entsprechenden Musterrechtsstreit vor dem Landgericht Ellwangen. Mittelbarer Prozessgegner war hierbei der Haftpflichtversicherer der Stadtwerke Crailsheim, die Württembergische Gemeindeversicherung a.G. (wgv).

Zwischenzeitlich wurde den früheren Gesellschafter der KSV von der wgv-Versicherung ein beim Landgericht Ellwangen in mündlicher Verhandlung unterbreiteter Vergleichsvorschlag vorgetragen, wonach sämtliche Gesellschafter die Hälfte des jeweils eingesetzten Stammkapitals ersetzt bekommen sollen. Im Fall der Stadt Gerabronn wären dies 15.000 €. Damit wären allerdings auch alle sonstigen Ansprüche der Gemeinden auf Grundlage des Vergleichsvorschlags des Landgerichts erledigt.

Der Vorsitzende erklärte weiter, dass aus Sicht der Verwaltung bei einer eigenen Klage es in der Tat sehr schwer fallen dürfte, den Stadtwerken Crailsheim eine konkrete Pflichtverletzung bei der Gründung der Gesellschaft nachzuweisen. Sollte die Stadt Gerabronn nicht auf den Vergleichsvorschlag eingehen, müsste sie ein eigenes Verfahren gegen die Stadtwerke Crailsheim anstrengen. Dies wäre allerdings mit einem erheblichen Prozessrisiko behaftet, welches letztlich dazu führen könnte, dass die Stadt schließlich ganz mit leeren Händen dastünde.

In der sich anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Stadträtinnen und Stadträten betont, dass man froh sein könne noch mit einem blauen Auge bei diesem Insolvenzverfahren davon gekommen zu sein, da man sich damals nur mit einem Mindestbetrag beteiligt habe. Das Gremium sprach sich einhellig dafür aus den Vergleichsvorschlag anzunehmen und kein eigenes Prozessrisiko einzugehen. Insgesamt hatte die Stadt einen Gesellschafteranteil von 30.000 € und eine Bürgschaft von 105.000 € für die KSV übernommen. Der Verlust liegt nun voraussichtlich geringfügig unter der Summe von 120.000 €

Tiefbauarbeiten für die Erschließung des Baugebietes „Steinacker II“ in Michelbach an der Heide vergeben

Für die Erschließung weiterer Bauplätze im Baugebiet „Steinacker II“ in Michelbach an der Heide vergab der Gemeinderat einstimmig die Tief- und Straßenbauarbeiten an die günstigste Bieterin, die Fa. Steinbrenner aus Wiesenbach zum Angebotspreis von 148.838,05 Euro. Die Wasserleitungsarbeiten wurden ebenfalls an die Fa. Steinbrenner aus Wiesenbach zum Angebotspreis in Höhe von 13.641,57 Euro als günstigste Bieterin vergeben.

Einführend zu diesem Tagesordnungspunkt berichtete der Vorsitzende, dass der Gemeinderat bereits in seiner Sitzung vom Januar 2016, wegen der guten Nachfrage an Bauplätzen im Baugebiet sSteinäcker II%in Michelbach an der Heide, die weitere Erschließung von Bauplätzen beschlossen hatte. Mit dieser Erschließungsmaßnahme können sieben Bauplätze erschlossen werden, wovon zwei Bauplätze bereits verkauft sind und derzeit mit einem Wohnhaus bebaut werden. Zwischenzeitlich hat das Ingenieurbüro sIngenieur Plan Eissing%aus Schwäbisch Hall die Tief- und Straßenbauarbeiten und die Wasserleitungsarbeiten ausgeschrieben. Bei der Submission am 09.03.2016 waren für die Tief- und Straßenbauarbeiten vier Angebote und für die Wasserleitungsarbeiten ein Angebot eingegangen.

Aller Angebote wurden vom Ingenieurbüro IPE rechnerisch, wirtschaftlich und fachtechnisch überprüft und es wurde eine Vergabeempfehlung erstellt welcher der Gemeinderat einhellig folgte. Als Baubeginn ist der Zeitraum ab Mitte April 2016 vorgesehen und es wird mit einer ca. 3-monatigen Bauzeit gerechnet.

Bürgermeister Schumm machte weiter deutlich, dass aktuell die Baupreise stark anziehen würden und deshalb auch leider die Baukostenberechnung von ca. 148.000 Euro (brutto) für die Arbeiten nicht ausreicht. Die jetzt vergebenen Baukosten belaufen sich in der Summe auf ca. 169.000 ", zuzüglich der Planungskosten. Die anfallenden Mehrkosten können jedoch voraussichtlich im laufenden Haushaltsjahr ausgeglichen werden, z.T. durch Bauplatzerlöse.

Kurz berichtet

Anhand eines Querschnittplanes für ein zweigeschossiges Wohngebäude mit flacher Dachneigung griff Bürgermeister Schumm die derzeitigen Festsetzungen des Bebauungsplanes sLindenbronner Weg%in Gerabronn auf. Ein Bauinteressent möchte gerne ein zweigeschossiges Wohngebäude dort errichten, was aber mit dem derzeit gültigen Bebauungsplan nicht möglich ist. Auch bei Ausübung aller möglichen Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes sei ein Wohnhaus mit zwei Vollgeschossen im Lindenbronner Weg nicht zulässig, so der Vorsitzende.

Er bat deshalb den Gemeinderat um Stellungnahme wie mit diesem Problem umzugehen sei und ob sich das Gremium eine Änderung/Anpassung des ca. 17 Jahre alten Bebauungsplanes vorstellen könne. Augenscheinlich ändere sich der Zeitgeschmack und man komme immer stärker vom klassischen Wohnhaus mit Erdgeschoss und ausgebauten Dachgeschoss ab. Ein- oder Zweifamilienhäuser mit zwei vollwertigen Geschossen und flachem Dach seien wegen der besseren Nutzungsmöglichkeiten voll im Trend. Gleichzeitig wies der Vorsitzende darauf hin, dass durch die größere Kubatur auch Konflikte mit den Eigentümern vorhandener Häuser wegen der eventuell größeren Beschattung nicht auszuschließen seien. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung könnten solche Einwände vorgebracht werden.

In der sich anschließenden Diskussion wurde überwiegend eine Änderung bzw. Anpassung des Bebauungsplanes sLindenbronner Weg%in Gerabronn vom Gemeinderat ausdrücklich begrüßt. Man solle sich auch beim Wohnhausbau den aktuellen Entwicklungen anpassen und man dürfe keine Bauwilligen in Gerabronn an

Nachbargemeinden verlieren, nur weil hier dieser Haustyp in Gerabronn nicht zulässig sei.

Unterschiedliche Auffassungen gab es zum Gebietsumfang für eine zweigeschossige Bebauung. Hier gingen die Meinungen deutlich auseinander. Teilweise wurde dafür plädiert, dies für das gesamte Baugebiet zuzulassen, teilweise sprachen sich Mitglieder für genau abgegrenzte Teilflächen aus. Ein Problem mit den bisherigen Hausbesitzern wurde nicht gesehen, zumal mit einer festzulegenden maximal Firsthöhe keine überdimensioniert hohen Gebäude entstehen würden.

Abschließend verständigte man sich zum weiteren Vorgehen so, dass die Verwaltung mit Hilfe des Kreisplanungsamtes einen Vorschlag zur möglichen Änderung des Bebauungsplanes erstellen lässt und dieser dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zur Beratung präsentiert wird.

Der Wiederbesetzung einer Stelle für eine Anerkennungspraktikantin als Kinderpflegerin im Kindergarten sAlte Post%o zur Abdeckung der erweiterten Öffnungszeiten, stimmte der Gemeinderat zu.

Ebenfalls sprach sich das Gremium dafür aus, auch im Schul- und Kindergartenjahr 2016/2017 wieder eine FSJ-Stelle (Freiwilliges Soziales Jahr) anzubieten und zu finanzieren.

Die Sanierungsmittel der Stadt Gerabronn wurden vom Regierungspräsidium Stuttgart um 200.000 Euro aufgestockt.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2016 der Stadt Gerabronn wurden vom Landratsamt Schwäbisch Hall genehmigt und für rechtmäßig erklärt.

Als Konsequenz der Baugebietserweiterung in Michelbach an der Heide wurde angeregt, eine zusätzliche Bushaltestelle in der Langenburger Str. in Michelbach einzurichten.

Weiter wurde angeregt, in Gerabronn die Hausnummern der Stichstraßen der Manfred-Wankmüller-Str. besser kenntlich zu machen.

Vom Verein Füreinander . Verein für kirchliche Gemeindegarbeit Gerabronn wurde berichtet, dass zukünftig Frau Cornelia Schuller aus Morstein und Frau Britta Klesatschke aus Gerabronn sich die ausgeschriebene Stelle als Koordinatorin für ehrenamtlich Mitarbeitende in der Flüchtlingsarbeit teilen werden. Die Damen sollen für die Vernetzung der ehrenamtlichen Helfer untereinander, mit dem Landratsamt und der Sozialarbeiterin verantwortlich zeichnen.

Bürgermeister Schumm bedankte sich ausdrücklich für das Angebot und die Finanzierung dieser Stelle durch den Verein Füreinander und dankte nochmals allen ehrenamtlich Mitwirkenden und Engagierten in der Flüchtlingsarbeit. Die Einrichtung einer solchen Stelle bezeichnete der Vorsitzende als sehr sinnvoll. Die Stadt Gerabronn wird die Arbeit des Flüchtlingskreises mit einem Diensthandy unterstützen.

Der Vorschlag einer Stadträtin, das Mitteilungsblatt der Stadt Gerabronn an alle Haushalte kostenfrei zu verteilen, um eine bessere Kommunikation und Information der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, stieß mehrheitlich auf Skepsis und Ablehnung. Die Kosten hierfür wurden als zu hoch angesehen. Zudem wurde argumentiert, dass auch genügend sonstige Informationsquellen vorhanden seien (Internet usw.).

Die nächsten öffentlichen Gemeinderatssitzungen finden voraussichtlich am **Mittwoch 13.04.2016** und **Dienstag 10.05.2016** statt.